Alexandra Weiss

Feminismus und Geschichte

Der Feminismus scheint in eine Zange geraten zu sein, nicht nur, weil er immer wieder für obsolet oder gar tot erklärt wird, daran hat das Feuilleton alle paar Jahre seine Freude. Neuerdings wird ihm nicht mehr nur von rechts, sondern zunehmend auch von Teilen der Linken attestiert, Inbegriff neoliberaler Bevormundung und moralinsaurer politischer Korrektheit zu sein.

In manchen der kritischen Kontexte scheint es schick geworden zu sein, sich am geschlechterpolitischen Backlash zu beteiligen und *den* Feminismus undifferenziert abzukanzeln. Wie es geschehen konnte, dass Feminismus und Geschlechterpolitik von ihren sozialistischen Bestandteilen abgetrennt und in neoliberale Politiken eingepasst wurden, interessiert dabei kaum. Man muss sich endlich nicht mehr damit beschäftigen, wozu man ohnehin nie große Lust hatte und was man auch nie ernsthaft betrieb. Feminismus ist Spielverderber und gleichzeitig Makel in intellektuellen Auseinandersetzungen.

Auf der anderen Seite ist schon seit geraumer Zeit eine Konzentration auf Sprachtheorien oder identitätspolitische Fragen zu konstatieren, eine Verdrängung von gesellschaftszugunsten kulturtheoretischer Auseinandersetzungen. Die innerfeministische Auseinandersetzung dazu bzw. der Streit darum wird bislang kaum produktiv geführt. Es scheint nicht nur ein wesentlicher Teil der politischen und theoretischen Tradition verloren gegangen zu sein, sondern auch die Debattenkultur.

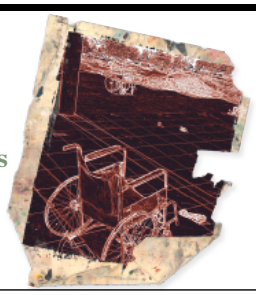
Eine historische Situierung von Feminismus und Frauenbewegung vor dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Transformationen kann manche Entwicklung nachvollziehbar machen. Aber auch die Traditionen, die Forderungen und das spezifische Theoretisieren gesellschaftlicher Machtverhältnisse, das Entdecken der Verwobenheit von Politik, Ökonomie und Kultur in Bezug auf Mechanismen der Unterordnung und Ausbeutung können Inspiration für eine heutige feministische Bewegung sein.

Soziale Gerechtigkeit als männliches Projekt

Der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte brachte eine bis dahin nie dagewesene soziale Absicherung der – männlichen, inländischen – Arbeitskraft und eine politische Integration der abhängig Beschäftigten. Wesentliches Moment war dabei das Einbeziehen der Interessenvertretungen der ArbeiterInnenschaft in die politische, soziale und wirtschaftliche Regulierung der europäischen Sozialstaaten. Das trug zwar zu einer allgemeinen Anhebung des Wohlstandes bei, Geschlechterungleichheit wurde damit aber zementiert. Denn Teil des Klassenkompromisses war auch ein proletarischer Patriarchalismus, der die bürgerliche Familie und die damit verknüpfte Geschlechterordnung als Modell verallgemeinerte, auf die ArbeiterInnenschaft ausdehnte und zum Inbegriff sozialen Fortschritts stilisierte.

Das politische Subjekt des Sozialstaates war der Arbeitsbürger, und dass er eine Hausfrau hatte, gehörte mit zum politischen Programm. Ihre soziale Absicherung sollte über das private Verhältnis der Ehe erfolgen. Ihre

Fortschritte der Behindertenpolitik in Österreich? Eine Irreführung. **Erwin Riess** hat nur Rückschritte zu vermelden.



auf Seite 16

ökonomische Abhängigkeit vom Mann wurde als unproblematisch betrachtet, wurde die Familie in den 1950er und -60er Jahren doch als der eigentliche und „natürliche“ (Arbeits-)Platz der Frau propagiert. Dass dies lange Zeit relativ reibungslos funktionieren konnte, hängt auch damit zusammen, dass die Architekten des Sozialstaates beinahe ausschließlich Männer bzw. Männerbünde waren.

Frauen und Männer hatten insofern einen sehr unterschiedlichen Zugang zu sozialen, politischen und bürgerlichen Rechten. Als Staatsbürgerinnen waren den Frauen gleiche Rechte nur formal garantiert, in ihrer täglichen Lebensrealität wurden sie auf vielfältige Weise beschnitten: in einem Ehe- und Familienrecht, das Frauen eine nachgeordnete Rolle zuwies, aber auch in einer Bevölkerungs- oder Familienpolitik, die Frauen die Selbstbestimmung über ihren Körper verwehrte oder in der Praxis sexueller Belästigung (und deren Duldung), die eine unbefangene Bewegung von Frauen im öffentlichen Raum, in der Politik einschränkte.

Von der Klassen- zur Geschlechterfrage

Allerdings politisierte die Frauenbewegung sowohl die Frage der politischen Repräsentation, als auch das Ineinandergreifen von kapitalistischem Lohnverhältnis und bürgerlicher Haushaltsform. Analysiert wurde hier unter anderem unbezahlte Frauenarbeit als Grundlage einer kapitalistischen Ökonomie, die politische Forderung dazu war die nach „Lohn für Hausarbeit“. Dabei ging es nicht nur um die ökonomische Abhängigkeit der Frauen, sondern auch um die Entwertung ihrer Arbeit, ihre Definition als Nicht-Arbeit, als „Liebesdienst“.

Die Politisierung der Unterordnung von Frauen im Kontext eines sozialstaatlich gezähmten Kapitalismus gelang auch vor dem Hintergrund, dass die zentralen politischen Ziele auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und sozialer Inklusion beruhten. Denn Gleichheit ist prinzipiell nicht beschränkbar. Selbst wenn der Sozialstaat zunächst nur auf männliche Bedürfnisse und soziale Risiken abstellte, lieferte dieses Staatsverständnis doch die Ansatzpunkte, Gleichheit und Gerechtigkeit nicht nur auf das Klassenverhältnis anzuwenden.

Sich darauf berufend, richteten die Aktivistinnen der Frauenbewegung ihre Forderungen als Staatsbürgerinnen an den Staat. Auch wenn feministische Forderungen niemals nur den Staat adressierten, wurde von den meisten Strömungen der Frauenbewegungen Westeuropas seit den 1960er Jahren dem Staat Legitimität zugestanden und sein möglicher Beitrag zu geschlechterdemokratischen Reformen erkannt. In diesem Sinn verlangten die Bewegungen, dass der Staat – basierend auf seinen Werten – sich mit ihnen gegen Formen privater Macht, sei es des Marktes, der Unternehmer oder individueller Männer verbünde.

Wesentliche geschlechterpolitische Reformen erfolgten dann in Österreich (und einer Reihe anderer Staaten) Mitte der 1970er Jahre, als etwa das patriarchale Ehe- und Familienrecht durch ein partnerschaftlicheres ersetzt wurde, mit der Fristenlösung die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches in den ersten drei Monaten aufgehoben wurde und nach und nach – durch die Skandalisierung der Frauenbewegung – sexuelle Belästigung, Übergriffe und Gewalt sanktioniert wurden. Man kann dies als eine zunehmende Feminisierung des Gehalts bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte bezeichnen.

Krise(n) und neoliberale Transformation

Spätestens seit den 1980er Jahren kam es aber (wieder) zu einer Verschärfung der Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Parallel dazu wurden sozialstaatliche Leistungen reduziert, die Sozialstaaten umgebaut. Und gleichzeitig löste der Begriff der Anerkennung jenen der Umverteilung und der sozialen Gerechtigkeit ab – nicht zuletzt durch die Umwälzungen eines globalisierten Kapitalismus, der transkulturelle Begegnungen vervielfachte und vermehrt Migrationsströme in Bewegung setzte.

Das Modell des (Sozial-)Staates mit seiner Politik der Vollbeschäftigung, des *Deficit Spending*, der umfassenden sozialen Sicherung, der nachfrageorientierten und interventionistischen Wirtschafts-, Fiskal- und Steuerpolitik wurde zunehmend in Frage gestellt und schließlich delegitimiert. Ab den 1980er Jahren konnten neoliberale Politikkonzepte einen nahezu ungebrochenen Siegeszug antreten. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus kam die Rede vom Ende der Geschichte, gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus schienen immer undenkbarer. An die Stelle der Systemkonkurrenz trat der Standortwettbewerb; sozialer Ausgleich und die Demokratisierung des Kapitalismus verloren nicht nur an Bedeutung, sie wurden vielmehr als Ursachen der Krise denunziert. Die Rede vom Wohlfahrtsstaat als eine die persönliche Freiheit begrenzende Bürokratie, wie sie Friedrich A. Hayek schon in den 1940ern formulierte,

feierte ihr Comeback gerade in dem historischen Augenblick, als unter anderem die Frauenbewegung daran ging, die Ausschlüsse des Nachkriegs-Modells zu politisieren, das Postulat der Gleichheit auf Frauen auszudehnen und um eine Politik der Anerkennung zu erweitern.

Kritische und feministische Theorie und Praxis setzten dem – insbesondere dem Verlust der Gleichheit als grundlegendem politischen Wert unserer Gesellschaft – in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten aber nur wenig entgegen. Während sich – zugespitzt formuliert – die politische Praxis, vor allem die staatsfeministische Variante, auf eine Beteiligung im Gegebenen zurückzog und Bewegungspolitik an Bedeutung verlor, entwickelte sich im (dominanten) akademischen Feminismus eine „Theorie ohne Praxis", die eine mögliche Anbindung an feministische Politik, die Frauenbewegung, ihre Projekte und Institutionen in weiten Teilen nicht einmal mehr in Betracht zog. Die Gründe dafür sind vielfältig: Neben den lose gewordenen Verbindungen zwischen feministischer Theoriebildung, institutioneller Frauen-/Geschlechterpolitik und der politischen Praxis der Bewegung, deren große Erfolge und Mobilisierungsfähigkeit gegen Mitte der 1980er Jahre schwanden, sind es auch Anpassungsleistungen, die vollzogen wurden. Denn die Verankerung von Gender Studies im Wissenschaftsbetrieb konnte mit einer kulturtheoretischen Orientierung und weitgehend „befreit" von (neo-) marxistischen Theorietraditionen im Kontext einer neoliberalen Hochschule leichter gelingen.

Ende der 1980er Jahre formulierte die US-amerikanische Theoretikerin Nancy Fraser die Prognose, angesichts des Zusammentreffens von Finanzkrise und einer Feminisierung der Armut würden sich die Kämpfe um soziale Sicherung zu einem Schwerpunkt für Feministinnen entwickeln. Diese Annahme traf sich aber weder mit den zunehmend institutionalisierten Gender Studies noch mit der frauen-/geschlechterpolitischen Praxis. Kaum zehn Jahre später stellte Fraser fest, dass sich der Kampf um Anerkennung zur paradigmatischen Form des politischen Konflikts entwickelt hatte. Kulturelle Dominanz löste Ausbeutung als Elementarform der Ungerechtigkeit ab und verdrängte sozioökonomische Umverteilung als Ziel des politischen Kampfes – und das in einer Zeit verschärfter materieller Ungleichheit.

Die Verdrängung der Gleichheit aus dem politischen Diskurs – und mit ihr der sozialen Frage – ist ein ernsthafter Verlust für alle emanzipatorischen Bewegungen, insbesondere für die der Frauen. Aufgrund der vielfältigen Diskriminierungsmechanismen sind sie in ihrer persönlichen Autonomie stärker auf den Sozialstaat angewiesen als Männer. Ein individualistischer Freiheitsbegriff, der ideologisch gegen Gleichheit und Solidarität in Stellung gebracht wurde, steht letztlich immer nur für eine Freiheit der Eliten und die Verdrängung der Schwächeren aus dem politischen Raum.

Perspektiven der Politisierung

Neoliberale Ideologen konnten die Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit als Denkfigur wirksam in unsere Gesellschaft einschreiben. Aber auch in den kritischen Kontexten gibt es dort und da eine Renaissance des „Hauptwiderspruchs", der die Strukturierung unserer Gesellschaften durch Geschlechterordnung und ethnische Spaltungen nicht zur Kenntnis nehmen mag. Ebenso wird die Klassenfrage in einigen feministischen Theorien an den Rand gedrängt. Worum es geht, ist aber eine Synthese der Forderungen nach Umverteilung und Anerkennung – eine Anerkennung, die Identitäten tendenziell verflüssigt, statt sie zu fixieren.

Ich möchte deshalb mit Nancy Fraser an die politischen und theoretischen Traditionen der neuen Frauenbewegung erinnern, die basierend auf der spezifischen Situation von Frauen einen erweiterten Begriff der Gerechtigkeit entwarf und an die Stelle des in den 1960er und 1970er Jahren dominanten ökonomistischen ein dreidimensionales Gerechtigkeitsverständnis setzte, das sowohl Wirtschaft als auch Politik und Kultur umfasste:

„Was an der Neuen Frauenbewegung wirklich neu war, das war die Art und Weise, in der sie – immer in kritischer Auseinandersetzung mit dem androzentrischen staatlich organisierten Kapitalismus – drei analytisch zu unterscheidende Dimensionen geschlechtsbezogener Ungerechtigkeit [die ökonomische, kulturelle und politische] miteinander verband."
(Fraser 2009)

Verbunden war und ist damit ein komplexer Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung, der sich als Verbindung von Umverteilungs- und Anerkennungspolitik beschreiben lässt. Zur Sprache gebracht werden dabei Dynamiken ökonomischer als auch kultureller Diskriminierung von Frauen, ihre Wechselwirkungen und die mangelnde politische Repräsentation der Interessen von Frauen. Den Fokus auf die Verwobenheit der Strukturen zu legen, die Ungleichheit hervorbringen, ist Ausgangspunkt für emanzipatorische Politik und kritische Theorie, denn wie Sozialpsychologin Regina Becker-Schmidt einmal sagte: Was mit Macht getrennt wird, gehört gesellschaftlich zusammen.

Das heißt auch, dass die lose gewordenen oder abgerissenen Verbindungen in den gegenwärtigen feministischen Debatten wieder neu geknüpft werden müssen, damit Feminismus sich wieder als gesellschaftsverändernde Kraft artikulieren kann.

Literatur

Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 54 (2009), 8. Abrufbar unter: https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/august/feminismus-kapitalismus-und-die-list-der-geschichte
(Stand: 22.9.2017)

Alexandra Weiss, Politikwissenschafterin, ist Koordinatorin im Büro für Gleichstellung und Gender Studies der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Arbeit und Geschlechterverhältnisse; Sozialstaatsentwicklung; Armut; Staatstheorie und soziale Bewegungen; Klasse, Geschlecht und die Normierung von Sexualität. www.a-weiss.net